



**SEITE 2**  
Leiharbeit:  
Lohndumping verhindern

**SEITE 3**  
Grundsicherung:  
SPD setzt Verbesserungen  
durch



**SEITE 4**  
Abgeordnete vor Ort:  
Praxistage Gesundheit

**SEITE 5**  
Pflegezeit:  
Die Lasten nicht allein den  
Arbeitnehmern aufbürden



**SEITE 6/7**  
Im Interview: Dagmar  
Ziegler, stellvertretende  
Vorsitzende der  
SPD-Bundestagsfraktion

**SEITE 8**  
Bundeswehr:  
Reform verschieben

# GUTE ARBEIT

# Gleiche Chancen im Job für Frauen

## Gleichstellung braucht klare gesetzliche Regelungen

Ausgabe 2/2011

**Die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben muss ein Ende haben, sagt die SPD-Bundestagsfraktion. Und dazu bedarf es klarer gesetzlicher Regeln und Sanktionen.** Denn obwohl die Wirtschaft 2001 in einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“ versprach, die Gleichstellung der Frauen zu fördern, gibt es kaum Fortschritte. Nach wie vor verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Immer noch sind die Führungsetagen großer Unternehmen eine Männerdomäne. „Freiwilligkeit führt nicht zu mehr Gleichberechtigung“, fasst Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zusammen.

Im vergangenen Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Arbeitsgruppe Gleichstellung eingerichtet, um Vorschläge für wirkungsvolle Maßnahmen zu entwickeln. In einem ersten Schritt hat die SPD-Fraktion einen Antrag für eine gesetzliche Quotenregelung in der Unternehmensführung in den Bundestag eingebracht. Das Ziel: Aufsichtsräte und Vorstände sollen zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzt sein. Außerdem steht für die SPD-Bundestagsfraktion vor allem die gleiche Entlohnung



Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, endlich die Diskriminierung von Frauen beim Einkommen zu beenden. Mit einer Gesetzesinitiative, aber auch auf der Straße: Auch 2011 beteiligen sich wieder zahlreiche SPD-Abgeordnete an den Aktionen zum „Equal Pay Day“ am 25. März. Der „Equal Pay Day“ markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus länger arbeiten müssten, um auf das gleiche durchschnittliche Jahresgehalt zu kommen wie Männer.

von Frauen auf der Agenda. Deshalb wird sie in Kürze einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorlegen. Die Bundesregierung jedoch setzt weiterhin auf den guten Willen der Wirtschaft. „Wer auf Gutwilligkeit setzt,

nimmt Stillstand in Kauf“, betont SPD-Fraktionsvize Elke Ferner. Spätestens seit dem „Machtwort“ von Bundeskanzlerin Merkel im jüngsten „Quotenstreit“ von Schwarz-Gelb ist klar: Mit dieser Regierung wird es keine gesetzli-

che Quote für Frauen geben. Das ist „eine Klatsche ins Gesicht der Frauen in unserem Land“, kritisiert die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Caren Marks. ■

**Mehr auf den Seiten 6/7**

### Leiharbeit regulieren

**Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss in der Leiharbeit endlich umgesetzt werden.** Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein. Heute ersetzen immer mehr Unternehmen immer größere Teile ihrer Stammbesetzungen mit „billigeren“ Leiharbeitskräften. So umgehen sie die Tariflöhne: Ein Lohndumping zu Las-

ten der Beschäftigten, das sich nur mit „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ verhindern lässt. Schwarz-Gelb war im Vermittlungsausschuss trotzdem nicht an einer ernsthaften Lösung für die Leiharbeit interessiert. Die Koalition wolle offenbar eine „Arbeitnehmerschaft zweiter Klasse“, kritisiert der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier. ■

**Mehr auf Seite 2**

### Mitbestimmung fördert Gleichstellung

Gerade mal drei Prozent der Vorstandsposten börsennotierter Unternehmen sind mit Frauen besetzt – seit Jahren stagniert der Frauenanteil im obersten Management auf niedrigstem Niveau. Ausnahme: In mitbestimmten Unternehmen, in denen

Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Aufsichtsrat sitzen, ist der Anteil weiblicher Vorstände gestiegen. Mit 18,4 Prozent sitzen die meisten Frauen im Aufsichtsrat auf der Arbeitnehmerbank – gegenüber 5,6 Prozent bei den Anteilseignern.



## Total Banane!

### Schwarz-Gelb hält nicht viel von Transparenz in der Politik.

Beispiel Atompolitik: Dass diese Technologie erhebliche Gefahren birgt, will die Koalition offenbar vergessen machen. Eine im Umweltausschuss des Bundestags geplante Veranstaltung „25 Jahre Tschernobyl“ soll nach dem Willen von CDU, CSU und FDP unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Die eingeladenen Vertreter ehrenamtlicher Initiativen sowie Zeitzeugen haben so keine Chance, ihre Anliegen öffentlich vorzustellen.

### Wir meinen: Schwarz-Gelb scheut die Wahrheit über die Atomenergie.

Und Schwarz-Gelb scheut die Auseinandersetzung im Parlament. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Sarkozy hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kürzlich den Staats- und Regierungschefs der EU einen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ vorgestellt. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags haben davon aber bisher nicht eine Zeile gesehen. Merkels Begründung: Es gebe kein „schriftlich fixiertes Dokument“.

### Wir meinen: Mit Geheimpolitik am Parlament vorbei schafft man kein Vertrauen in Europa.

Nicht besonders transparent ist auch der „Plan“ der FDP-Fraktion für mehr Frauen in Führungspositionen. Statt einer gesetzlichen Quote soll es lediglich eine „Berichtspflicht“ für Unternehmen geben. Und dann? „Dann sehen wir weiter“, so die frauenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Nicole Bracht-Bendt, wörtlich.

### Wir meinen: Die Frauen in Deutschland haben Besseres verdient.

# Lohndumping verhindern

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass Leiharbeit nicht mehr zum Lohndumping missbraucht werden kann.

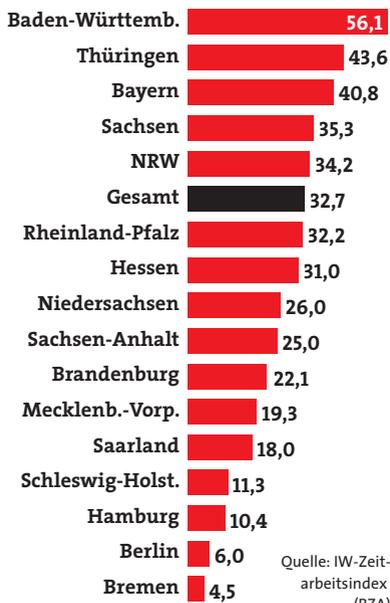
Rund eine Million Leiharbeitskräfte gibt es inzwischen in Deutschland. 80 Prozent von ihnen verdienen weniger als 2000 Euro brutto im Monat – und damit in der Regel wesentlich weniger als ihre fest angestellten Kollegen, die dieselbe Arbeit verrichten. Leiharbeit wird inzwischen längst nicht mehr nur genutzt, um kurzfristige Auftragspitzen oder Personalengpässe in



„Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann“, erklärte Sigmar Gabriel, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der SPD, am 23. Februar – zum Auftakt des Aktionstags von DGB und IG Metall gegen den Missbrauch der Leiharbeit.

## Das Jahr der Leiharbeit

Veränderung der Leiharbeitszahlen (Oktober 2009 auf Oktober 2010) in Prozent



Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Leiharbeiter deutschlandweit um rund ein Drittel gestiegen. Besonders betroffen: Baden-Württemberg mit einer Zunahme der Leiharbeit um weit über 50 Prozent. Die baden-württembergische SPD unterstützt deshalb die Bemühungen der SPD-Bundestagsfraktion für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit: „Wir werden den Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit stoppen und Baden-Württemberg zum Musterland Guter Arbeit machen“, erklärt Nils Schmid, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

## Laufzeitverlängerung stoppen

Schwarz-Gelb hat mit der Entscheidung, den Atomkonsens aufzukündigen und die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke (AKW) zu verlängern, die Gesellschaft gespalten.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung sich bei der Laufzeitverlängerung nicht einmal an die Verfassung gehalten. Deshalb haben alle 214 Abgeordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemein-

Unternehmen aufzufangen. Sie wird von vielen Arbeitgebern konsequent eingesetzt, um tariflich entlohnte Stammbeschäftigte zu ersetzen und Lohndumping zu betreiben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses zur Neuordnung der Grundsicherung eingebracht. Aber: „Wir haben in den Verhandlungen glasklar gesehen, dass die schwarz-gelbe Koalition keine Fairness für Zeit- und Leiharbeiter will“, kritisiert der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier. Immerhin ist es gelungen, einen Mindestlohn für die Leiharbeit zu vereinbaren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Antrag „Missbrauch der Leiharbeit verhindern“ konkrete Forderungen aufgestellt: Zuerst müssen Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbeschäftigten – ohne Wenn und Aber. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Zeit- und Leiharbeit das

größte Scheunentor für Lohndumping wird“, erklärt Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Leider müssen wir immer wieder beobachten, dass Verleiher Leiharbeiter nur für kurze Zeiträume beschäftigen“, erläutert Anette Kramme, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ein weiteres Problem. „Wenn der Entleiher den Leiharbeiter nicht mehr braucht, geht damit gleichzeitig die Kündigung einher.“ Auch das will die SPD verhindern: Arbeitsverträge mit Leiharbeitskräften, die auf die Dauer eines Einsatzes im Entleihbetrieb beschränkt sind, sollen verboten werden. Außerdem sollen Leiharbeiter spätestens nach einem Jahr Einsatz in einem Entleihbetrieb fest angestellt werden, und Betriebsräte sollen mehr Mitbestimmungsrechte rund um den Einsatz von Zeitarbeitskräften bekommen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

sam Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Die Klage richtet sich unter anderem dagegen, dass die Bundesländer über den Bundesrat nicht an der Entscheidung beteiligt worden sind – obwohl durch die Laufzeitverlängerung die Aufgaben der Länder erweitert und verändert werden, etwa durch notwendige Nachrüstungen der AKW. Für diesen Fall sieht das Grundgesetz eindeutig vor, dass der Bundesrat beteiligt

wird. Ein weiterer Klagegrund: Im Zuge der Laufzeitverlängerung wurden unter anderem auch die Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke gesenkt. Das verstößt gegen die Schutzpflicht des Staates für Gesundheit und Leben der Bürger.

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ist überzeugt: „Die Laufzeitverlängerung wird aus unserer Sicht keinen Bestand haben.“ ■

# Grundsicherung: SPD setzt Verbesserungen durch

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gemeinsam mit den Ländern dafür gesorgt, dass durch den Kompromiss des Vermittlungsausschusses Millionen Menschen besser unterstützt werden.

Nach neun Wochen intensiver Verhandlungen kam der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat über die Neuregelung der Grundsicherung zu einem Ergebnis. „Wir haben aus dem Bildungspäckchen ein Bildungspaket gemacht. Wir haben Fortschritte beim Mindestlohn erzielt. Und beim Regelsatz konnten wir Korrekturen erreichen“, fasste Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin und stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig die Ergebnisse zusammen. Ein Kompromiss – aber ein guter Kompromiss: Die Situation von Millionen Menschen in Deutschland wird nach der Einigung im Vermittlungsausschuss besser sein als zuvor: Das Arbeitslosengeld II steigt in zwei Stufen um acht Euro. Außerdem gibt es bei den Regelsätzen einen Ausgleich für gestiegene Lebenshaltungskosten, verbindliche Mindestlöhne für weitere 1,2 Millionen Beschäftigte sowie ein verbessertes Bildungspaket und 3000 zusätzliche Schulsozialarbeiter.

Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-geführten Bundesländer: „Wir haben immer wieder trotz verfahrenerer Situationen und widersprüchlicher Positionen der schwarz-gelben Koalition konstruktive Alternativen eingebracht“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-



3000 zusätzliche Schulsozialarbeiter hat die SPD im Vermittlungsausschuss erkämpft.

Walter Steinmeier. Auch die SPD-Vertreter aus den Ländern zeigten sich zufrieden. „Nachdem es mehr als ein Jahr gedauert hat, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen, bin ich froh, dass man sich auf einen Kompromiss verständigt hat“, so der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck. Trotzdem sei er „nicht ohne Sorge“, ob die Regelsatzberechnung der Bundesregierung tatsächlich verfassungskonform sei. SPD und Grüne konnten aber einige wichtige Korrekturen durchsetzen – wie etwa die Berücksichtigung von Preissteigerungen. Größter Wermutstropfen für die SPD: Schwarz-Gelb hat „gleichen Lohn

für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit blockiert. „Dass CDU, CSU und FDP dabei zu keinem Kompromiss bereit waren, ist wirklich ein Skandal“, so Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender und Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD werde in Bund und Ländern gemeinsam mit den Gewerkschaften weiter dafür streiten. Das bekräftigte auch Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD): „Unser Land kann dauerhaft nur mit vernünftigen Einkommen und Perspektiven im Job punkten.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Ein Etappensieg



Von Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Olaf Scholz hat in Hamburg einen großartigen Wahlsieg errungen. Die Menschen in der Hansestadt haben ihm das Vertrauen gegeben, weil er klare Antworten auf die drängenden Probleme der Stadt gegeben hat. Sein Bekenntnis zum Hafen als wichtigstem Wirtschaftsfaktor steht in der Tradition moderner sozialdemokratischer Industrie- und Infrastrukturpolitik. Seine Versprechen, die Kitagebühren Schritt für Schritt abzuschaffen und neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sind richtige Antworten auf die sozialen Probleme einer Großstadt wie Hamburg. Olaf Scholz hat gezeigt, dass ein modernes sozialdemokratisches Politikangebot attraktiv für die Menschen ist. Sein Wahlsieg war der bestmögliche Auftakt eines spannenden Wahljahres und gibt uns Rückenwind für die sechs weiteren Landtagswahlen. Nach harten Verhandlungen haben wir uns mit Union und FDP im Vermittlungsausschuss auf die Neugestaltung der Grundsicherung verständigt. Für uns war neben den Regelsätzen und dem Bildungspaket eines ganz besonders wichtig: Wir haben dafür gekämpft, einen flächendeckenden Mindestlohn und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Zeitarbeitsbranche durchzusetzen. Unsere Forderungen sind allerdings auf massiven Widerstand aus Union und FDP gestoßen, die sich konsequent gegen Mindestlöhne und Equal Pay gestemmt haben. Aber unser Einsatz hat sich gelohnt. Wir sind einen wichtigen Schritt vorangekommen. Wir haben den Mindestlohn für 1,2 Millionen Beschäftigte in drei Branchen durchgesetzt. Das ist ein Etappensieg. Und wir werden den Weg konsequent weiter gehen, bis gleicher Lohn für gleiche Arbeit überall gilt. ■

## Bildungs- und Teilhabepaket: Arme Kinder profitieren

Mit Erfolg hat sich die SPD-Bundestagsfraktion im Vermittlungsausschuss für ein verbessertes Bildungs- und Teilhabepaket stark gemacht. Neben den Kindern in der Grundsicherung haben nun auch Kinder von Kinderzuschlagempfängern und von Wohngeldempfängern Anspruch auf die Leistungen aus dem Paket. 500 000 Kinder erhalten nun zusätzlich finanzielle Unterstützung, etwa bei Kita- und Schulausflügen, im Sportverein oder beim Musikunterricht.

Bedürftige Kinder erhalten zudem einen Zuschuss für ein Mittagessen in Schulen, Kitas und Horten. Erreicht hat die SPD auch, dass 3000 Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Der

Bund stellt dazu bis 2013 die notwendigen Finanzmittel bereit. Wichtig war der SPD-Bundestagsfraktion: Die Kosten, die den klammen Kommunen entstehen, werden vom Bund zurück-

erstattet. Außerdem verwalten nicht, wie von Schwarz-Gelb geplant, die Jobcenter die Leistungen des Bildungspakets, sondern die Städte und Gemeinden. ■

## Mindestlöhne kommen

Rund 1,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Zeitarbeit, im Sicherheitsgewerbe und in der Weiterbildungsbranche haben künftig Anspruch auf einen Mindestlohn. Gerade in der Zeitarbeit war Eile geboten. Ab dem 1. Mai gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ohne Mindestlohn hätten Dumpinglöhne durch Billiganbieter gedroht. Umso wichtiger

ist es, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion gegen den Widerstand von Schwarz-Gelb durchsetzen konnte. Spätestens ab 1. Mai sollen die geltenden Tarife in der Zeitarbeit absolute Lohnuntergrenze sein. Das sind in der niedrigsten Lohnstufe zurzeit im Westen 7,79 Euro und im Osten 6,89 Euro. Das gilt vor allem auch in der verleihbaren Zeit. ■

# Eindrücke aus erster Hand

**Welche Probleme und Herausforderungen es in der Gesundheits- und Pflegepolitik gibt, wissen 80 SPD-Bundestagsabgeordnete nun aus eigener Anschauung.**

Ein Tag lang haben sie in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mitgearbeitet, zugehört und hingeschaut. Im Rahmen der SPD-Praxistage vom 28. Februar bis 2. März haben die SPD-Bundestagsabgeordneten praktische Erfahrungen gesammelt und sich die Sorgen und Nöte der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten angehört. Im Anschluss an ihren Praxistag haben die Abgeordneten vor Ort mit Expertinnen und Experten sowie mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. All ihre gewonnenen Erkenntnisse nehmen sie mit nach Berlin und bringen sie in ihre politische Arbeit, insbesondere in die Weiterentwicklung der Bürgerversicherung, ein.

**„Den Beschäftigten fehlt vor allem die gesellschaftliche Anerkennung.“**

Caren Marks, SPD-MdB

Für die meisten SPD-Bundestagsabgeordneten bedeutete das „Praktikum“, früh aufzustehen. Sie arbeiteten in der Frühschicht in der Kranken- oder Altenpflege mit, und die beginnt zwischen 6 und 6.30 Uhr. Sie mussten mit anpacken und helfen – beim Wecken, Waschen, Anziehen oder beim Verteilen des Frühstücks. „Der Job ist ein Wettrennen gegen die Uhr“, berichtete der Bonner Abgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber nach seinem „Dienst“ auf einer chirurgischen Station. Iris Gleicke, Abgeordnete aus Thüringen und Parlamentarische Geschäftsführerin, betonte nach ihren Einsätzen in zwei Altenpflegeeinrichtungen: „Ich bin beeindruckt von der Herzlichkeit, mit der die Pflegerinnen und Pfleger auf die individuellen Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner eingehen.“

Imponiert hat alle „Praktikanten“, mit welchem Engagement die Pflegekräfte ihre Arbeit verrichten – trotz Zeitdrucks, mangelnder Anerkennung und geringer Entlohnung. „Am meisten hat mich beeindruckt, mit welcher Zuwendung zu wirklich schwer pflegebe-

dürftigen Menschen die Beschäftigten ihren Dienst getan haben – trotz des hohen Zeitdrucks“, erklärt SPD-Fraktionsvize Florian Pronold. Dass der prognostizierte Fachkräftemangel schon heute oft Realität ist, haben die Abgeordneten nun im Alltag erlebt. „Wenn wir in Zukunft mehr gutes und engagiertes Personal brauchen, muss der Pflegeberuf besser entlohnt und die Ausbildung modernisiert werden“, fordert Elke Ferner, die als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Gesundheit und Soziales zuständig ist. Iris Gleicke kritisiert, dass durch die nach wie vor schlechtere Bezahlung im Osten junge, gut ausgebildete Pflegekräfte in den Westen abwandern würden.

Zudem erlebten die SPD-Abgeordneten, mit wie viel bürokratischem Aufwand das Pflegepersonal im Alltag beschäftigt ist. „Natürlich sind Überprüfungen zur Pflegequalität wichtig und zur Sicherstellung des Wohlbefindens der Bewohner auch unbedingt notwendig. Inzwischen aber machen die pflegere fremden Aufgaben mindestens 30 bis 40 Prozent der Arbeitszeit einer Pflegekraft aus. Das ist die Zeit, die dem Bewohner verloren geht“, erklärt Fraktionsvize Hubertus Heil.

Die Probleme im Pflegealltag, die die Abgeordneten vor Ort erfahren, fließen unmittelbar in ihre politische Arbeit im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik ein. Gleichzeitig bestätigte ihnen ihr „Praktikum“, wie wichtig es ist, die solidarische Bürgerversicherung als sozial gerechte Alternative zu Kopfpauschale und privater Pflegezusatzversicherung weiterzuentwickeln. „Ich weiß, dass dieser Einsatz nur einen kleinen Einblick in die immer wichtiger werdende Arbeit in der Pflege bietet. Dennoch ist der Einsatz eine wichtige Erfahrung für unser Bestreben, Gesundheitspolitik immer an den tatsächlichen Lebensumständen der Menschen zu orientieren und nicht an Lobbyinteressen“, erklärte die bayerische Abgeordnete Bärbel Kofler am Ende ihres Praxistags. ■



80 SPD-Bundestagsabgeordnete waren vom 28. Februar bis 2. März in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen im Einsatz. Im Rahmen der SPD-Praxistage Gesundheit haben sie sich einen Tag lang Zeit genommen, um den Alltag im Gesundheitswesen kennenzulernen. Sie haben in Senioren- und Pflegeheimen, in ambulanten Pflege, in Arztpraxen, Einrichtungen für psychisch Kranke, Stationen für Demenzerkrankte, beim Rettungsdienst oder in Krankenhäusern als „Praktikanten“ mitgearbeitet. Ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Praxistag sollen unmittelbar in ihre politische Arbeit einfließen.

# Die pflegenden Angehörigen nicht allein lassen

**Schwarz-Gelb lässt die Angehörigen von Pflegebedürftigen im Regen stehen, statt qualitative Verbesserungen in der Pflege vorzubringen.**

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Situation von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen durch die Einführung einer Pflegezeit verbessern. Hilde Mattheis, stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt: „Wir brauchen die bezahlte kurzzeitige Freistellung von bis zu zehn Tagen sowie Lohnersatz für eine sechsmonatige Pflegezeit für berufstätige Angehörige. Wir dürfen die pflegenden Angehörigen nicht allein lassen. Sie brauchen eine soziale Absicherung während der Pflegezeit.“ Die Pläne der schwarz-gelben Koalition gehen in eine andere Richtung. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) wälzt mit ihrem Vorschlag für eine Pflegezeit die Risiken und Kosten allein auf die Angehörigen ab. Caren Marks, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert: „Die Pflege wird in erster Linie den Familien zugewiesen – unter dem Schlagwort Vereinbarkeit.“ Damit sind in erster Linie weiterhin die Frauen für die Pflege verantwortlich. „Überlegungen zur partnerschaftlichen Aufteilung und zur erforderlichen Qualität von Pflege spielen bei Frau Schröder keine Rolle ebenso wenig wie der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur“, so Marks.

Nicht mal einen Rechtsanspruch auf die Pflegezeit will Schwarz-Gelb. Wie gehabt kann der Arbeitgeber allein entscheiden, ob er Beschäftigte freistellt. Statt die pflegenden Familienangehörigen zu unterstützen, fördert die Familienministerin die Versicherungsunternehmen und sichert die Arbeitgeber ab. Während der Pflegezeit soll der Arbeitgeber die Hälfte des Einkommensausfalls aufstocken. Diesen „Vorschuss“ zahlen die Beschäftigten später durch ihre Arbeitsleistung zurück. Letztere sollen verpflichtet werden, eine private Pflegezeitversicherung abzuschließen. Sollten sie, etwa weil sie selbst erkranken, nicht wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, „entschädigt“ die Pflegezeitversicherung den Arbeitgeber für die entgangene Arbeitsleistung.

**„Die private Zusatzversicherung führt zu einer einseitigen Belastung der Versicherten.“**

Hilde Mattheis, SPD-MdB

Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) will eine private Pflegezusatzversicherung einführen und so die steigenden Pflegekosten auf die einzelnen Bürger abwälzen. Die SPD setzt hingegen auch bei der Pflege auf die solidarische Bürgerversicherung. „Das Lebensrisiko, pflegebedürftig zu werden, darf nicht privatisiert werden“, stellt der SPD-Abgeordnete Steffen Claudio Lemme klar. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) lehnt eine private Zusatzversicherung als unsozial und unsinnig ab. „Eine Privatisierung des Pflegerisikos würde zu einer drastischen einseitigen Belastung der Versicherten führen und stellt zudem keine nachhaltige Finanzierung für die Pflegeversicherung dar“, erklärt Hilde Mattheis. Das vom DGB Anfang März vorgelegte Konzept fordert eine solidarisch finanzierte Pflegeversicherung und eine Verbreiterung der Beitragsbasis. „Diesen Weg werden wir als SPD-Fraktion unterstützen“, so Mattheis. ■



## »Frauen müssen sich noch stärker vernetzen«

Dagmar Ziegler, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt im Interview, weshalb freiwillige Maßnahmen die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben nicht voranbringen und warum an der Quote kein Weg vorbeiführt.

**2011 jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Vieles wurde in den letzten hundert Jahren für die Sache der Frau erreicht. Doch von einer tatsächlichen Gleichstellung sind wir etwa in der Arbeitswelt noch weit entfernt. Was sind die aktuellen Herausforderungen?**

Grundsätzlich gilt: Alle Fortschritte mussten von den Frauen erkämpft werden. Es wurde uns nichts freiwillig gegeben. Und doch setzen Politikerinnen und Politiker der Regierungskoalition nach wie vor auf den guten Willen der Wirtschaft, um die Situation der berufstätigen Frauen zu verbessern. Die Wirtschaft hatte lange genug Zeit dafür. 2001 versprach sie in einer „freiwilligen Selbstverpflichtung“, die Gleichstellung der Frauen zu fördern – und es ist so gut wie nichts passiert. Freiwilligkeit führt nicht zu mehr Gleichberechtigung. Um das gesellschaftliche Umdenken zu forcieren, brauchen wir gesetzliche Regelungen. Deswegen fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine gesetzlich fixierte Frauenquote für Führungspositionen.

Das heißt: 40 Prozent aller Vorstandsposten und Aufsichtsratssitze müssen mit Frauen besetzt werden.

**Wäre es nicht möglich, für die Quote im Parlament eine parteiübergreifende „Fraueninitiative“ zu starten?**

Was die Quote anbelangt, sind sich die Oppositionsparteien vom Grundsatz her einig. In den Regierungsfractionen gibt es keine einheitliche Position. Das wollen wir nutzen – ich werde die weiblichen Abgeordneten der Fraktionen von CDU, CSU und FDP zum Gespräch einladen, um auszuloten, ob es ein Mindestmaß an Übereinstimmung gibt. Dort könnten wir dann ansetzen. Schön wäre, wenn es gelänge, eine gemeinsame Haltung in einem Gruppenantrag zu fixieren und in den Bundestag einzubringen. Dann sehen wir, wie es um die Frauensolidarität im Parlament bestellt ist. Lassen wir uns von Fraktionszwängen oder parteipolitischen Überlegungen leiten oder sind wir in der Lage, im Interesse der Frauen gemeinsame Wege zu gehen? Einige Abgeordnete der Regierungsfractionen haben in den Debatten um die

Quote vielversprechende Statements abgegeben. Ob sie den Mut zu einer fraktionsübergreifenden Fraueninitiative aufbringen, wird sich zeigen. Aber Mut mussten Frauen schon immer beweisen, um sich durchzusetzen.



**Dagmar Ziegler, 50, ist als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Bildung und Aufbau Ost zuständig. Die Abgeordnete für den brandenburgischen Wahlkreis Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland war von September 2000 bis Oktober 2004 Finanzministerin sowie von Oktober 2004 bis November 2009 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie im Land Brandenburg.**

**Frauen werden nicht nur in den Führungsetagen der Unternehmen benachteiligt.**

In der Tat. Obwohl junge Frauen heute besser ausgebildet sind als ihre männlichen Altersgenossen, sind ihre Chancen im Erwerbsleben nach wie vor schlechter. Frauen verdienen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Viele Frauen arbeiten – oft unfreiwillig – in Teilzeit. Der Niedriglohnsektor bleibt eine Domäne der Frauen. Weibliche Altersarmut ist damit vorprogrammiert. Zudem belastet die mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Familie Frauen immer noch stärker als Männer. Natürlich gibt es gute

**„Ein Tierpfleger verdient mehr als eine Pflegerin im Altersheim – logisch ist das nicht.“**

*Dagmar Ziegler*

Entwicklungen – gerade junge Paare teilen die Familienarbeit zunehmend gerechter auf. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen, etwa mit den Vätermontaten beim Elterngeld. Aber das ist nur ein Anfang. Auch im Parlament werden wir weiterhin für Geschlechtergerechtigkeit kämpfen müssen.

**Wie will die SPD-Bundestagsfraktion die Diskriminierung von Frauen beim Entgelt beseitigen?**

Schon jetzt verbieten das Grundgesetz und auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz die Lohndiskriminierung. Und doch verdienen Frauen im Schnitt fast ein Viertel weniger als Männer. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Unternehmen erhalten Frauen 12 Prozent weniger Lohn. Ein Tierpfleger verdient mehr als eine Pflegerin im Altersheim – logisch ist das nicht. Aber den einen Beruf üben vorwiegend Männer aus, den anderen Frauen. Diese ungerechte Bewertung von Tätigkeiten gehört abgeschafft. Noch in diesem Jahr wird die SPD-Bundestagsfraktion einen Entwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz in den Bundestag einbringen.

**Was muss getan werden, um die Situation der zahlreichen Frauen im Niedriglohnbereich zu verbessern?**

Wir brauchen vor allem einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Wir wollen zudem die Minijobs wieder eindämmen. Auch die SPD hat die Minijobs gefördert, weil wir sie für eine Brücke aus der Arbeitslosigkeit hielten.

Inzwischen wissen wir, dass sie begrenzt werden müssen, damit Minijobs nicht dauerhaft sozial versicherte Vollbeschäftigung verdrängen.

**Und was ist mit der Kinderbetreuung?**

Für gleiche Teilhabe von Frauen im Berufsleben müssen die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Dazu gehört vor allem der Ausbau der Ganztagsangebote in Kita und Schule. Das steht bei uns ganz oben auf der Agenda, wenn wir wieder in Regierungsverantwortung kommen. Die Fortschritte in diesem Bereich in den letzten Jahren sind vor allem ein Verdienst der Sozialdemokraten – vom Kita-Ausbau bis zum Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab 2013. Doch die Bundesregierung gefährdet diese Errungenschaften, indem sie nichts gegen die finanzielle Notlage der Kommunen unternimmt.

**Ministerin Schröder hat jetzt einen Gesetzentwurf für eine Pflegezeit vorgelegt. Was halten Sie davon?**

Die Pflegezeit von Frau Schröder ist ein Witz. Sie zementiert überkommene Rollenbilder: Überspitzt gesagt, sollen Frauen nach der Kindererziehung nahtlos in die Pflege von Angehörigen übergehen. Es ist richtig, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu fördern – aber nicht so! Wir wollen eine partnerschaftlich geteilte Pflegezeit mit Lohnersatzleistungen und den

**„Alle Fortschritte mussten von den Frauen erkämpft werden.“**

Dagmar Ziegler

Rechtsanspruch auf eine sofortige zehntägige bezahlte Freistellung, wenn ein Angehöriger pflegebedürftig wird. Frau Schröder bürdet dagegen die Kosten und Risiken allein den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf. Nicht mal einen Rechtsanspruch auf Pflegezeit soll es geben – wie bisher kann der Arbeitgeber allein entscheiden, ob er seine Beschäftigten freistellt. Während der Pflegezeit soll der Arbeitgeber die Hälfte des Einkommensausfalls aufstocken, diesen „Vorschuss“ zahlen die Beschäftigten später durch ihre Arbeitsleistung zurück. Unglaublich: Wer die Teilzeit in Anspruch nimmt, soll verpflichtet werden, eine private Pflegezeitversicherung abzuschließen. Sie soll den Arbeitgeber von dem „Risiko“ entlasten, dass die Beschäftigten ihren „Vorschuss“ nicht abarbeiten können.

nen. Gesellschaftlich ist das eine katastrophale Fehlentwicklung. Von einer Familienministerin – selbst aus der Union – war das nicht zu erwarten. Aber Frau Schröder ist eben keine gute

**„Freiwilligkeit führt nicht zu mehr Gleichberechtigung.“**

Dagmar Ziegler

Ministerin, weder für Frauen noch für Familien.

**In der Großen Koalition ist einiges für die Frauen erreicht worden – trotz oder wegen der CDU-Frauenministerin?**

Ob Elterngeld oder Kita-Ausbau: Vieles, was in der Öffentlichkeit als Erfolg von Frau von der Leyen verbucht wurde, wäre ohne die Vorschläge, den Druck und die Unterstützung der Sozialdemokraten in der Großen Koalition nicht durchsetzbar gewesen. Dass Frau von der Leyen kürzlich mit ihrer Forderung nach einer 30-Prozent-Quote für Furore in den Medien gesorgt hat, war im Übrigen nur ein Ablenkungsmanöver, um mal drei Tage nicht mit den Schludrigkeiten bei der Umsetzung des Hartz-IV-Urteils die Schlagzeilen zu bestimmen. Sie wurde prompt von Frau Merkel zurückgepfiffen. Der Quotenstreit in der Regierung war ein unwürdiges Schauspiel auf dem Rücken der Frauen. Konkret passiert in dieser Koalition gar nichts im Interesse der Frauen, schon deshalb nicht, weil sich die widersprechenden Ansichten in der Koalition gegenseitig neutralisieren.

**Auch in der SPD hatte Frauenpolitik nicht immer einen hohen Stellenwert, war für manchen Spitzenpolitiker „Gedöns“.**

Wir müssen ehrlich sein: Auch in der Sozialdemokratie ist viele Jahre Vieles an den Männern gescheitert. Heute ist der Umgang mit dem Thema aber ein ganz anderer. Die Gleichstellung der Frau ist zur Sache der Partei geworden. Das zeigen nicht nur wegweisende Beschlüsse wie etwa der gerade verabschiedete „Aktionsplan für ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern“. Heute ist es auch selbstverständlich, dass sich an der Quotendebatte im Bundestag der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel beteiligt.

**Fast 40 Prozent der SPD-Bundestagsabgeordneten sind weiblich, in den führenden Positionen sind Frauen aber noch unterrepräsentiert.**

Ja, da haben wir noch Nachholbedarf. Aber es wird! Immerhin sind zwei der



Aktiv für gleiche Bezahlung von Frauen und Männern: Dagmar Ziegler (3.v.r.) beim Equal Pay Day 2010 in Berlin.

insgesamt vier Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion weiblich. Und jetzt nach dem Weggang von Olaf Scholz nach Hamburg erwarten wir Frauen selbstverständlich, dass eine Frau als Nachfolgerin in den Fraktionsvorstand gewählt wird.

**Was entgegnen Sie denjenigen, die sagen: „Feminismus ist kalter Kaffee. Es ist doch schon alles erreicht.“?**

Nach der Wende hatte ich diese Einstellung auch. Ich hatte in der DDR nie bewusst Diskriminierung und Benachteiligung erlebt – obwohl es die auch dort gab. Ich dachte, Frauen-

förderung brauchen wir nicht. Ich war auch gegen die Quote. Ich musste erst lernen, dass es die Benachteiligung wirklich gibt. Seitdem bemühe ich mich, sie ganz konkret zu bekämpfen. Vor allem müssen sich Frauen stärker vernetzen. Das ist bitter nötig, um den Machtzirkeln der Männer etwas entgegenzusetzen. Wir müssen aktiv Frauen fördern, sie in Positionen hineinbringen. Wir brauchen parteiübergreifende Netzwerke von Frauen, die nur im Interesse von Frauen funktionieren. Das fehlt uns, das müssen wir noch besser können! ■

**Nachgefragt**



**Andrea Kocsis, stellvertretende Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft**

**ver.di, erklärt, was die Gewerkschaftsfrauen von der Politik erwarten, damit Frauen endlich gleiche Bezahlung und gleiche Karrierechancen in der Arbeitswelt erhalten.**

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger als Männer. Und nur drei Prozent der Vorstandsmitglieder führender deutscher Unternehmen sind weiblich. Nach wie vor werden Frauen bei der Suche nach neuen Führungskräften außen vor gelassen, Männer bleiben lieber unter sich,

statt ihre Macht zu teilen. Das ist keine verschwörungstheoretische Weltsicht sondern das Ergebnis einer Studie der Bundesfamilienministerin. Diese Studie belegt die Existenz der so genannten gläsernen Decke, die Frauen trotz hervorragender Qualifikation und beruflichem Ehrgeiz nicht durchstoßen können. Trotzdem weigert sich die zuständige Ministerin – wie auch weite Teile der schwarz-gelben Regierungskoalition – das Richtige und das Notwendige zu tun. Eine verbindliche Quote ist unabdingbar. Auch das Ehegattensplitting zementiert für die Frauen Einkommensstarre. Außerdem müssen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für die ganz Kleinen ausgeweitet werden. Von alleine oder nur durch lauwarme Appelle wird sich nichts ändern – und das können wir uns nicht leisten! ■

## Vorgestellt



Daniela Kolbe

Daniela Kolbe ist die jüngste Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion. Die 31-Jährige ist 2009 über die Landesliste Sachsen in den Bundestag eingezogen. Die stellvertretende Sprecherin der AG „Strategien gegen Rechts“ engagiert sich für eine starke Demokratie. Im Januar 2011 wurde die Diplom-Physikerin zur Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ gewählt. „Die sozialen und ökologischen Folgen der einseitigen Wachstumsorientierung stehen zunehmend in der Kritik. Wir wollen wirksame Antworten finden“, erklärt sie ihre Aufgabe. ■



Petra Ernstberger

Petra Ernstberger (55) ist seit 1994 Mitglied des Bundestages und seit 2004 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitglied im Ältestenrat des Bundestages. Als Parlamentarische Geschäftsführerin ist sie verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion sowie die Ausschuss- und Gremienbesetzung. Sie ist Vorsitzende der Deutsch-Südasiatischen und stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe. Sie erklärt: „Die Förderung der deutsch-tschechischen Beziehungen ist für mich eine Lebensaufgabe und meine Leidenschaft.“ 2006 wurde ihr für dieses Engagement das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. ■

# Bundeswehr nicht als „Sparschwein“ missbrauchen

## Die SPD fordert, die Bundeswehrreform zu verschieben

**// Der neue Verteidigungsminister Thomas de Maizière erbt von seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg kein „gut bestelltes Haus“. //**

„Der Rücktritt musste kommen“, erklärt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier zur Plagiatsaffäre des Ex-Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU). SPD-Fraktionsvize Gernot Erler hebt die Folgen für die Bundeswehr hervor: „Zurück bleiben verunsicherte Soldatinnen und Soldaten, sowohl im Auslandseinsatz als auch im Inland, die in den zurückliegenden 14 Tagen den Eindruck gewinnen mussten, dass Werte wie Anstand, Ehre und Ehrlichkeit zwar für sie, aber offenbar nicht für ihren obersten Dienstherren zu gelten haben.“

Guttenberg hinterlässt vor allem eine unfertige Bundeswehrreform, die schwerwiegende konzeptionelle Mängel aufweist, so Erler. Schon jetzt zeichnen sich massive Probleme ab. So hat der Heeresinspekteur mittlerweile Alarm geschlagen, weil sich zum 1. April lediglich ein Fünftel der benötigten Freiwilligen zum Dienst bereit erklärt hat. Das Interesse der bereits als tauglich gemusterten 162 000 jungen Männer hält sich in Grenzen. Angesprochen von den Kreiswehersatzämtern erklärten gerade mal gut 4000 von ihnen ein „konkretes Interesse“ an einer Zukunft bei der Bundeswehr. Auf den neuen Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) warten schwere Aufgaben. Insgesamt will Schwarz-Gelb bis 2015 rund 8,3 Milliarden Euro im Verteidigungsressort einsparen. Die Sparvorgaben zu erfüllen und gleichzeitig die Wehrpflichtigenarmee auf eine Freiwilligenarmee umzustellen, komme der Quadratur des Kreises gleich, sagt Erler. Bereits in der ersten Debatte der Bundeswehrreform im Bundestag am 24. Februar hatte Sigmar Gabriel die Bundesregierung aufgefordert, sie zu verschieben, weil sie schlecht vorbereitet sei. Es sei ein Fehler, auch mit Blick auf die Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten, die Bundeswehr zum „Sparschwein“ der Haushaltspolitik zu machen. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht mit dem neuen Verteidigungsminister eine Chance, die Bundeswehrreform



Der Bundestag hat noch nicht mal über die Aussetzung der Wehrpflicht entschieden, geschweige denn steht fest, was die neuen Freiwilligen bei der Bundeswehr erwartet.

vom Kopf auf die Füße zu stellen, so der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Arnold. Er fordert: „Die Bundeswehr muss aus einer sicherheitspolitischen Neubewertung heraus verändert werden, nicht nach einem Spardiktat.“ Dazu gehöre die Fragestellung, welche Fähigkeiten die Streitkräfte der Zukunft behalten sollen. „Was für Kräfte brauchen wir zukünftig für die Bündnisse? Erst nach Beantwortung dieser Frage kann man an die Ausplanung der Truppe gehen.“

Arnold betont: „Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss die Attraktivität des Soldatenberufes im Mittelpunkt stehen.“ Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt, dass die Union nun auch auf einen freiwilligen Wehrdienst setzt. Die SPD hatte dies bereits auf ihrem Parteitag 2007 beschlossen. Ein freiwilliger Wehrdienst müsse aber zwingend in ein gesamtgesellschaftliches Konzept zur Stärkung aller freiwilligen Dienste eingebettet werden, so Arnold. Es gelte nun, Korrekturen an den bisherigen Plänen vorzunehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion bietet de Maizière dazu eine „konstruktive Zusammenarbeit“ an. Sigmar Gabriel erneu-

erte seine Forderung, die Reform zu verschieben: „Wenn de Maizière mehr Zeit braucht, wird die SPD dies unterstützen.“ ■

Mehr Infos zum Thema:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### Termine im März

- 18.3. Reich und gesund oder arm und krank? Für ein gerechtes und solidarisches Gesundheitswesen,** Herzogenaurach
- 25.3. Equal Pay Day 2011,** Berlin
- 28.3. „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung – Chancen für Kinder“,** Hannover
- 30.3. „Bürgerrechte im digitalen Zeitalter – der Staat als handelnder Akteur oder Getriebener?“,** Aachen
- 30.3. „Gesundheit braucht Solidarität“,** Glauchau

Weitere Termine:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.facebook.com/spdbundestagsfraktion](https://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion)

#### IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion  
 Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Erscheinungsweise: viermal jährlich  
 Herstellung: Network Media GmbH  
 Redaktion: Ralf Bergmann, Anne Graef, Anja Linnekugel  
 Texte: Lena Clausen, Sebastian Henneke, Timm Steinborn  
 Druck: Frankenpost Verlag GmbH  
 Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.  
 Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:  
 – per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin  
 – per Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de)  
 – per Fax: 030/22756800